

Publik Forum

DOSSIER

Wie deutsche Waffen Kriege schüren

Interview mit dem Rüstungskritiker Jürgen Grässlin

»Brandstifter wollen Feuer löschen«

Der freie Welthandel und die Folgen

In der Heimat bleiben – oder fliehen?

Ein junger Bengale und eine Libyerin erzählen



Vertreibung und Flucht

Damit sie bleiben können

zfd Ziviler Friedensdienst

Initiative Enquete-Kommission
Fluchtursachen

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.



ESG Halle



IPPNW



DFG-VK
DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT
VERBAND DER GEWISSENSCHAFTLICHEN
VEREINE

m) medico international



adveniat
Für die Menschen
in Lateinamerika



süd
INSTITUT FÜR SOZIOLOGIE
UND ÖKUMENE

MISEREOR
DIESE HILFswerk

Stiftung
Weltethos

Inhalt

- Der Kampf um die Fluchtursachen** 3
Politik und Gesellschaft streiten über die Gründe
- Der Bundestag ist gefordert** 5
Wozu wir eine Enquetekommission brauchen
- Krieg und Terror** 6
Jürgen Grässlin über deutsche Waffen in Kriegen
- »Brandstifter wollen Feuer löschen«** 8
Der freie Welthandel und die Folgen
- Die Sonnenkönige der Welt** 10
Unterdrückung und Korruption führen zur Flucht
- Gemeinsam stark** 12
Die Kooperationspartner dieses Dossiers
- Damit Menschen bleiben können** 14
Was muss geschehen, damit keiner fliehen muss?
- In der Heimat bleiben – oder gehen?** 16
Zwei junge Menschen erzählen

Impressum

Publik-Forum-Dossier:

Vertreibung und Flucht: Damit sie bleiben können

Herausgeber: Publik-Forum; Adveniat;

Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsgegner; ESG Halle; Initiative Enquete-Kommission Fluchtursachen; IPPNW; medico international; Misereor; PRO ASYL; Stiftung Weltethos; SÜDWIND; Ziviler Friedensdienst

Redaktion: Wolfgang Kessler (v. i. S. d. P.); Elisa Rheinheimer-Chabbi, Bettina Röder

Gestaltung: Andreas Klinkert

Titelfoto: epd/Sebastian Backhaus

Verleger: Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Richard Bähr; ladungsfähige Anschrift für Redaktion und Verlag: Krebsmühle, D-61440 Oberursel

Postanschrift: Publik-Forum, Postfach 2010, D-61410 Oberursel

Telefon: 06171/7003-0, **Fax:** 06171/7003-40

E-Mail: verlag@publik-forum.de

Web: www.publik-forum.de

Druck: apm alpha print medien AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

© November 2017

Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es gibt Sätze, die selbstverständlich klingen – und doch verstehen alle etwas anderes darunter. Dazu zählt der Satz: »Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen.« Die Mehrheit der politisch Verantwortlichen versteht unter Fluchtursachen die Möglichkeiten für Flüchtlinge, nach Europa zu kommen: offene Grenzen, Schleuser, unkooperative Regierungen, die Flüchtlinge nicht aufhalten wollen oder können. Um diese »Fluchtursachen« zu bekämpfen, sucht die Politik nach Wegen, um Flüchtlinge von Europa fernzuhalten.

Die Organisationen, die dieses Dossier verantworten, fragen dagegen, warum die Menschen ihre Heimat überhaupt verlassen haben. Wer mit Flüchtenden spricht, erfährt schnell, dass sie nicht freiwillig, sondern zumeist unter dramatischen Umständen geflohen sind: Nicht wenigen wurde das Haus zerbombt; andere wurden auf der Straße verhaftet und ins Gefängnis geworfen; wieder andere hat man gewaltsam von ihrem Land vertrieben. Und allen ist eines gemeinsam: Sie sehen in ihrer Heimat keinerlei Chance auf ein menschenwürdiges Leben für sich und ihre Kinder in einer friedlichen Umgebung.

Doch damit nicht genug: In Gesprächen mit Flüchtlingen wird deutlich, dass auch die deutsche Politik, die deutsche Lebensweise, dass auch wir eine Ursache für Flucht und Vertreibung in anderen Teilen der Welt sind. Auch Deutschland beteiligt sich an militärischen Interventionen; auch deutsche Waffen töten Kinder; unser Wohlstand beruht auf Hungerlöhnen in anderen Teilen der Welt, auf der Ausbeutung von Rohstoffen, auf Umweltzerstörung – mit allen Folgen für die Lebensbedingungen in den armen Regionen dieser Erde.

Kurzum: Wer fragt, warum derzeit mehr als sechzig Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind (nur wenige kommen nach Europa), muss die politischen Verhältnisse und die Lebensbedingungen in vielen Ländern des Südens hinterfragen – aber auch unsere Politik, unsere Wirtschaftsweise, unseren Lebensstil, die diese Verhältnisse stützen.

Das vorliegende Dossier versucht dies. Es hat vor allem ein Ziel: Nämlich eine offene Diskussion über die wirklichen Fluchtursachen zu entfachen. Und Druck auf die Entscheidungsträger zu machen für eine Politik, die alles unterlässt, was Menschen irgendwo in der Welt zur Flucht treibt – und alles Menschenmögliche tut, dass Menschen in ihrer Heimat in Würde leben können. Dieser Druck wird umso stärker, je mehr Unterstützung dieses Dossier findet.

Bitte bestellen Sie es nach, bitte verteilen Sie es unter Ihren Freunden, Bekannten und Mitstreitern.

Mit herzlichem Dank verbleibt



Wolfgang Kessler ist Chefredakteur von Publik-Forum



Mit letzter Kraft: Rohingya, die vor der Gewalt in ihrer Heimat Myanmar fliehen, versuchen Anfang November über die Grenze nach Bangladesch zu gelangen

Der Kampf um die Fluchtursachen

Warum fliehen Menschen aus ihrer Heimat? Und was kann man dagegen tun? Über diese Fragen wird heftig gestritten

Von Elisa Rheinheimer-Chabbi

Angela Merkel hat es gesagt, Papst Franziskus, Gregor Gysi und auch Frauke Petry. Selten ist ein Satz von so vielen verschiedenen Seiten für sich beansprucht worden wie dieser: »Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen.« Doch was heißt das? Um die Deutungshoheit wird gerungen. Der Kampf um die Fluchtursachen gleicht einem Tauziehen: Spricht die Bundesregierung von einer »Verbesserung der Lebensumstände in den Heimatländern«, ist das oft politisches Kalkül: Verschleiert wird damit, dass Deutschland keine vernünftige Strategie zur Einwanderung hat. Habe man erst die Fluchtursachen erfolgreich bekämpft, brauche man kein Einwanderungsgesetz mehr, so die fatale und falsche Logik. Gleichzeitig wird die Ab-

sicht deutlich: Die Fluchtursachen sollen bekämpft werden, damit möglichst keine Flüchtlinge mehr nach Europa kommen.

Dabei schrecken deutsche und europäische Politiker nicht davor zurück, auch mit Diktatoren zusammenzuarbeiten. So kooperiert die EU beispielsweise mit dem Sudan, gegen dessen Präsidenten ein internationaler Haftbefehl läuft. Als ob dies keine Rolle spiele, trainieren auch deutsche Organisationen sudanesischen Polizisten. Ähnlich sieht es in Ägypten aus, in Eritrea, im Niger. Anschaulich beschreiben die Journalisten Simone Schlindwein und Christian Jakob das in ihrem jüngst erschienenen Buch »Diktatoren als Türsteher Europas«. Da berichten eritreische Flüchtlinge von hochgerüsteten Spezialeinheiten,

die an der Grenze zum Sudan mit deutschen Armeelastwagen Patrouille fahren. – Das verstand die letzte Bundesregierung unter Bekämpfung der Fluchtursachen. In Wahrheit ist es eine brutale Kampfansage an die Flüchtlinge. Vergeblich ist sie noch dazu, denn Menschen in Not lassen sich nicht aufhalten, und mag die Flucht noch so gefährlich sein.

Wenn hingegen Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und kritische Politiker von Fluchtursachen sprechen, denken sie zum Beispiel an Pistolen von *Heckler & Koch*, die in libyschen Waffenlagern auftauchten. Sie denken an die Partnerschaft Deutschlands mit Saudi-Arabien, das im Jemen Krieg führt und dort die »schlimmste humanitäre Katastrophe der Gegenwart«

zu verantworten hat, wie die *Vereinten Nationen* betonen. Sie denken an die 360 Tonnen Chemikalien, die zwischen 1998 und 2001 von Deutschland nach Syrien gelangten und mit deren Hilfe vermutlich auch das Nervengift Sarin hergestellt wurde.

Und sie denken an unfaire Handelsabkommen, an Landgrabbing, an Armut. Die Gründe, aus denen Menschen fliehen, sind vielfältig. Auch der Klimawandel zählt dazu. Oder der Umstand, eine Frau zu sein. Mädchen und Frauen fliehen weltweit vor sexuellem Missbrauch, Genitalverstümmelung oder Zwangsverheiratung.

Niemand flieht ohne Grund

Derzeit sind so viele Menschen auf der Flucht wie noch nie zuvor. Ende 2016 waren es 65,6 Millionen Menschen weltweit. Diese Zahl zu begreifen fällt schwer. 65 Millionen Menschen, das heißt: Im

Nicht immer sind Flüchtlinge und Migranten klar voneinander abzugrenzen. Wenn ein Fischer aus Westsahara sich aufmacht gen Europa, weil er für sich und seine Kinder keine Perspektive mehr sieht, seit europäische Kutter die Fischgründe vor der afrikanischen Küste leerfischen – ist er dann Flüchtling oder Migrant? Um zu verhindern, dass diese Gruppen gegeneinander ausgespielt werden, sprechen manche Wissenschaftler von »Überlebensmigranten« statt von »Wirtschaftsflüchtlingen«.

Niemand verlässt seine Heimat ohne Grund! Europa ist mitverantwortlich dafür, dass viele Menschen keinen anderen Ausweg mehr sehen. Selbstverständlich nicht allein: Machthungrige Politiker und rivalisierende Clans in Afrika, Asien oder Südamerika können nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Oft schaffen sie es nicht (oder sind gar nicht interessiert daran), staatliche Strukturen aufzubauen und

wenn von Fluchtursachen die Rede ist. Denn häufig entlässt die Hilfe aus Europa afrikanische Regierende aus der Pflicht, selbst Steuern einzutreiben, ein funktionierendes Gesundheitssystem aufzubauen oder Geld für Bildung auszugeben. Darauf verweisen Ökonomen wie Dambisa Moyo aus Sambia oder James Shikwati aus Kenia bereits seit Jahren.

Eines muss ganz klar sein: Es geht nicht darum, dass Menschen in Afrika, Südamerika oder Asien bleiben *müssen*. Das Phänomen Migration ist schließlich so alt wie die Menschheit selbst. Es geht darum, dass sie in ihrer Heimat bleiben *können*, weil sie dort die Chance auf ein würdevolles Leben haben. Was also ist zu tun? Nötig wäre ein Wandel des gesamten westlichen Lebensstils, eine grundsätzlich andere Art von Weltpolitik. Das käme einem gesellschaftlichen Erdbeben gleich. Zugegeben: In Zeiten von »America first« und einem Erstarken europäischer Nationalisten, denen es vor allem um sich selbst geht, ist dies nicht sehr wahrscheinlich. Auch die Mehrheit der Deutschen scheint sich für das, was europäische Politik in anderen Teilen der Welt auslöst, wenig zu interessieren – sonst hätten die Deutschen bei der Bundestagswahl anders abgestimmt.

Fluchtursachen zu bekämpfen – und nicht Flüchtlinge! – ist eine Generationenaufgabe. Umso wichtiger ist es, heute damit anzufangen. Das beginnt damit, immer wieder auf den Zusammenhang von europäischer Außen-, Landwirtschafts- und Handelspolitik auf der einen Seite und Fluchtbewegungen auf der anderen Seite aufmerksam zu machen. Gewiss, die Zeit des Schreibens und Redens darüber sollte eigentlich vorbei sein. Längst ist es Zeit zu handeln, konsequent umzusteuern. Brauchen wir also wirklich noch ein Dossier zum Thema? Eine Kommission, wie sie mehr als hundert Bundesverdienstkreuzträger fordern (siehe Seite 5)?

Anscheinend ist das nötig. Solange deutsche Teenager den Zusammenhang zwischen einer *Primark*-Jeans für 7,90 Euro und Armut in Bangladesch nicht verstanden haben, solange Bürgerinnen und Bürger gegen die Aufnahme von Flüchtlingen demonstrieren, ohne gegen Waffenexporte zu protestieren, solange Präsidenten, Kanzlerinnen und Staatschefs meinen, Menschen in Not könne man mit Mauern und Zäunen abhalten, so lange ist es nötig. ◆



ZEICHNUNG: MESTER

Schnitt wird alle drei Sekunden jemand auf der Welt gezwungen, seine Heimat zu verlassen. Fünfzig Prozent davon sind Kinder.

Die meisten von ihnen sind Vertriebene im eigenen Land oder sie suchen Zuflucht in angrenzenden Regionen. Nach Europa flüchten sich nur die wenigsten – eine Tatsache, die in den aufgeheizten Diskussionen der vergangenen Jahre leicht in Vergessenheit geriet. Die Länder, die am meisten Flüchtlinge aufnehmen, sind die Türkei (2,9 Millionen), Pakistan, der Libanon (der etwa so viele Einwohner hat wie das Ruhrgebiet), der Iran, Uganda und Äthiopien.

Politik für die gesamte Bevölkerung zu machen und nicht nur für Angehörige einer Ethnie. Die Politik der sogenannten westlichen Welt zementiert dies leider häufig. Im Irak zum Beispiel stürzten die USA und ihre Verbündeten Saddam Hussein und säten in den darauffolgenden Jahren Zwietracht zwischen den verschiedenen konfessionellen Gruppen. Das sorgte für soziale Spannungen, was nicht unerheblich Einfluss auf das Entstehen der Terrormiliz IS hatte – mit allen bekannten Folgen.

Nicht zuletzt muss auch die Entwicklungszusammenarbeit überdacht werden,

Der Bundestag ist gefordert

140 Bundesverdienstkreuz-Träger fordern Enquetekommission

Von Ralf-Uwe Beck, Klaus Töpfer und Angelika Zahrt



Weltweit sind derzeit 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Tendenz steigend. Deutschland hat 2015 nahezu eine Million Flüchtlinge aufgenommen und bemüht sich um ihre Integration. Die Politik beteuert, Fluchtursachen angehen zu wollen. Hinter diesem Anspruch aber bleibt sie zurück. Sie hat sich darauf konzentriert, die Flüchtlingszahlen in Deutschland und der EU zu reduzieren. Im Schatten von Obergrenzen und Mauern aber ist – mit dem Propheten Jesaja gesagt – unsere Gerechtigkeit ein schmutziges Kleid. Es ist Zeit, das Drama von Flucht und Migration umfassend zu betrachten und uns die Fragen vorzulegen: Wo und wie verschärft unser Lebensstil, unser Wirtschaften, unsere Politik Lebensbedingungen in anderen Teilen der Erde, sodass Menschen ihre Heimat verlassen müssen? Und: Was ist zu tun?

Um ernsthaft, systematisch und ehrlich nach Antworten zu suchen, unterstützen

mehr als 140 Trägerinnen und Träger des Bundesverdienstkreuzes die Forderung an den Bundestag, eine Enquetekommission Fluchtursachen einzusetzen. Damit sollen Fluchtursachen zum vordringlichen Thema werden. Besetzt wird eine solche Kommission zur einen Hälfte mit Abgeordneten aller Fraktionen und zur anderen mit Experten aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Was gedacht, geahnt, was bereits erforscht ist, kann hier zusammengebracht und offenen Fragen nachgegangen werden. Darauf aufbauend sind gesetzliche Initiativen vorzuschlagen. Enquetekommissionen, so die Geschäftsordnung des Bundestages, werden »zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe« eingesetzt. Das zwingt zur Zusammenarbeit, erschwert machttak-

tisches Agieren, ist verbunden mit der Pflicht zum Bericht und mit der Absicht und Aussicht auf Veränderungen. Freilich wird eine kritische Begleitung durch die Öffentlichkeit unabdingbar sein. Hier werden auch die »dranbleiben«, die den Aufruf unterzeichnet haben.

Üblicherweise wird eine Enquetekommission zu Beginn einer Legislaturperiode eingesetzt. Sobald erste Ergebnisse vorliegen, könnten diese unmittelbar in politisches Handeln umgemünzt werden. Hier kann jede und jeder etwas tun: Sprechen Sie »Ihre« Abgeordneten im Bundestag an. Es ist an der Zeit, Fluchtursachen, nicht Flüchtlinge zu bekämpfen!

Die Autoren sind Sprecher der Initiative Enquete-Kommission.

► www.fluchtursachen-enquete.com

ANZEIGE

www.adveniat.de

Faire Arbeit gegen Armutsmigration

Adveniat unterstützt Kooperativen im mexikanischen Chiapas



adveniat

für die Menschen in Lateinamerika

Krieg und Terror

Flüchtlinge fliehen vor Krieg und Gewalt. Eine neue Rüstungsindustrie verdient an Krieg und Abschottung

Von Bettina Röder

Botschafter des Unglücks« hat der Umweltexperte und Politiker Klaus Töpfer die Flüchtlinge, die herkommen, genannt. Sie sind in den allermeisten Fällen Botschafter von Bomben und Krieg. Denn die meisten Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl beantragen, kommen aus Syrien, dem Irak und aus Afghanistan. Dies zeigt: Die wichtigsten Ursachen für Flucht sind noch immer Krieg und Gewalt. Und an den Kriegen im Nahen Osten war und ist auch Deutschland beteiligt: in Afghanistan jahrelang mit Soldaten. Im Irak und in Syrien wird auch mit deutschen Waffen gekämpft. In all diesen Ländern kämpfen unterschiedliche Bündnisse gegen Terroristen. Es geht um Stellvertreterkriege von Weltmächten, die noch dazu religiös aufgeladen sind. Flüchtlinge, die nach Europa fliehen, sind oft traumatisiert, haben Hab und Gut verloren. Viele können gar nicht in ihre Länder zurückkehren. »Grenzen öffnen für Men-



schen. Grenzen schließen für Waffen.« Was für eine wichtige Forderung! Die *Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel* hat sie auf ihre Fahnen geschrieben. 140 Organisationen aus Kirche und Gesellschaft gehören ihr inzwischen an (siehe Interview).

Auf der anderen Seite gibt es jene, die an diesen Kriegen verdienen – und an der Abschottung der Grenzen durch Europa. Das führende deutsch-französische Unternehmen *Airbus N.V.* mit Sitz in Amsterdam produziert High-Tech-Sicherungsanlagen mit Überwachungsdrohnen und Militärsatelliten. Als kritischer Aktionär war der Rüstungsexperte Jürgen Grässlin auf der Hauptversammlung, als die Airbus-Führung postulierte, das Unternehmen habe zwei äußerst

profitable Geschäftsfelder: Das eine sind die Kampftruppen, das andere die Grenzsicherungsanlagen. »Wenn man sich vorstellt«, sagt Grässlin gegenüber *Publik-Forum*, »dass die fünf Maghrebstaaten an der Südgrenze einen Tausende Kilometer langen Grenzsicherungszaun errichten, dann werden die Menschen südlich dieses Zaunes zukünftig nicht einmal mehr die Mittelmeerküste erreichen können. Statt im Mittelmeer zu ertrinken, werden viele von ihnen elendiglich verrecken an den Grenzsicherungsanlagen der westlichen Industriestaaten. Das ist eine ganz und gar menschenverachtende Abschottungspolitik, die die EU forciert.« Viele Flüchtlinge erleben dies als Krieg nach dem Krieg. ◆

Was kostet eine Gewehrpatrone?

Olivier ist ein 17-jähriger Junge aus dem Kongo. Sein Vater arbeitet in einer Diamantenmine. Eines Tages trafen Soldaten einer kongolesischen Rebellenarmee im Dorf der Familie ein. Sie vermuteten Diamanten bei Olivier und schossen ihm ins Gesicht, als sie feststellten, dass er keine hatte. Olivier hatte Glück und überlebte, vor allem dank der Hilfe seiner Familie und Nachbarn. Seine Kieferknochen waren durch die Kugel zertrümmert worden. Das nächste Krankenhaus befindet sich 300 Kilometer entfernt, in Kenia. Es dauerte über ein Jahr, bis Olivier endlich das

Geld zusammenhatte, um die medizinische Behandlung zu finanzieren und seine Reise durch Kongo und Uganda nach Kenia anzutreten. In einer Klinik in Nairobi konnte Oliviers Kiefer mittels Implantaten wiederhergestellt werden. Die Operation dauerte neun Stunden. Danach musste Olivier noch mehrere Tage im Krankenhaus verbringen, bis die Wunden geheilt waren.

Was bleibt? Die Frage nach den Kosten, die eine Kugel verursacht: Die Reisekosten vom Kongo nach Nairobi, die Arbeitszeit von Chirurgen und Krankenschwestern,

die neunstündige Operation, Anästhetika und Schmerzmittel, Stahlplattenimplantat und postoperative Behandlung – zusammengefasst sind das 6000 Dollar. Psychologische und soziale Kosten kommen noch hinzu. Für 6000 Dollar kann man in Kenia einhundert Kindern ein Jahr Grundschulausbildung zahlen, 250 Kinder vollständig durchimpfen, eine sechsköpfige Familie zehn Jahre lang mit Grundnahrungsmitteln versorgen. Wir ÄrztInnen und Medizinstudierenden fordern daher: Stoppt den Waffenhandel!

Walter Odhiambo, Arzt, IPPNW Kenia

»Fliehen, um zu überleben«

Sind auch deutsche Waffen ein Fluchtgrund? Fragen an den Rüstungskritiker Jürgen Grässlin

Von Bettina Röder

Publik-Forum: Herr Grässlin, welche Anteile haben Waffenexporte an den Fluchtursachen weltweit?

Jürgen Grässlin: Waffenexporte der reichen Industriestaaten an Diktatoren und Repressoren in den Krisen- und Kriegsgebieten im Nahen und Mittleren Osten, dem Maghreb und den Entwicklungsländern des Südens sind ein absolut zentraler Fluchtgrund.

Welches Beispiel haben Sie vor Augen?

Grässlin: Topaktuell den Syrienkrieg, der zurzeit der Krieg mit den meisten Opfern und Flüchtlingen ist. Dabei hat Russland mit befreundeten Staaten das Assad-Regime bis an die Zähne mit Waffen hochgerüstet und damit an der Macht gehalten, während die USA mit befreundeten Nationen in der Nato über Jahre Rebellengruppen mit Kriegswaffen ausgestattet haben. Was dazu geführt hat, dass das Land in Schutt und Asche liegt und Millionen Menschen in die Flucht getrieben wurden.

Welchen Anteil hat die Bundesregierung an dem Drama von Waffen und Flucht?

Grässlin: Alle Bundesregierungen vor 2015 haben schwerste Schuld auf sich geladen, weil sie Waffenexporte an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten in Milliardenhöhe genehmigten. Frank-Walter Steinmeier war 2008 Außenminister und Angela Merkel Bundeskanzlerin, als die Bundesregierung die Lizenz zur Produktion von G36-Gewehren nach Saudi-Arabien genehmigt hat. Diese tödlichste Rüstungsexportentscheidung des noch jungen 21. Jahrhunderts hat zur Errichtung einer ganzen Waffenfabrikationsanlage für das Sturmgewehr von Heckler & Koch geführt. Aber immerhin hatten sich bis dato alle Bundesregierungen an die Waffenembargos der UN gehalten. Die zuletzt regierende

Große Koalition hat mit Waffenlieferungen an die Peschmerga über die irakische Zentralregierung das Völkerrecht gebrochen und damit auch das Grundgesetz.

Hat das nicht auch Flucht verhindert?

Grässlin: Genauso lautete die Begründung der Bundesregierung. Sie sagt bis heute, sie musste diesen finalen Rechtsbruch aus moralischen und ethischen Gründen eingehen: Die Peschmerga hätten die Christen und Jesiden vor der Verfolgung gerettet. Was faktisch falsch ist. Maßgeblich die PKK hat die Jesiden und Christen gerettet. Die Folgen dieser Waffenlieferungen sind bis heute bedrohlich, weil akut die Gefahr besteht, dass es zu einem neuen Bürgerkrieg kommt – nunmehr zwischen den Peschmerga, die einen eigenen Staat gründen wollen, und der irakischen Regierung. Neue dramatische Fluchtbewegungen wären die Folge.

Menschen fliehen auch und vor allem vor dem IS. Müssen nicht die, die ihn bekämpfen, mit Waffen unterstützt werden?

Grässlin: Auf den Waffenmärkten im nordirakischen Kirkuk und Erbil konnte nachgewiesen werden, dass G3-Waffen aus Bundeswehrbeständen – die Herkunft ist in den Schnellfeuergewehren eingestanz – vom IS gekauft und eben gegen die Peschmerga eingesetzt wurden. Meine Erfahrung lautet: Waffen wandern; sie bleiben nie dort, wo man sie hinliefert, sondern dort, wo man am meisten zahlt.

Menschen fliehen vor Krieg. Wo ist da das Problem der Kleinwaffen?

Grässlin: Der Export von Kriegswaffen – allen voran von Kleinwaffen – ist vielfach



FOTO: PRIVAT

Jürgen Grässlin, einer der profiliertesten Rüstungskritiker, ist Sprecher der DFG-VK und der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel« und Vorsitzender des RIB e. V.

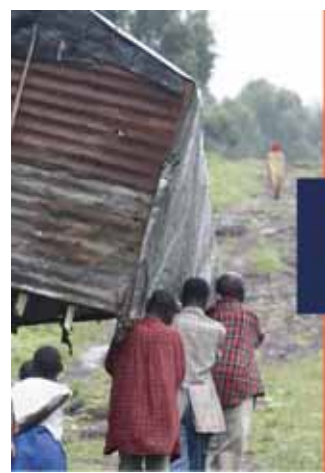
Fluchtgrund Nummer eins. Von zehn Kriegstoten dort sterben neun durch den Einsatz von Kleinwaffen. Wer überleben will, muss fliehen. Deutschland ist im weltweiten Ranking der drittgrößte Exporteur von Kleinwaffen. Aber auch aus der Türkei sind mehr als eine Million Kurden vor dem Einsatz gerade deutscher Kleinwaffen geflohen, die allermeisten nach Deutschland.

Was erwarten Sie von der neuen Regierung?

Grässlin: Die FDP und die Bündnisgrünen haben ihren Wählern im Wahlprogramm versprochen, dass sie ein Rüstungsexportgesetz verabschieden wollen. Dieses Gesetz soll den Waffenhandel wesentlich strikter kontrollieren. Wollen diese Parteien wiedergewählt werden, müssen sie im Falle ihrer Regierungsbeteiligung diese zentrale Vorgabe umsetzen.

Die Aktion Aufschrei hat Forderungen an den Bundestag gerichtet. Welche?

Grässlin: Wir fordern: Kein Export von Rüstungsgütern an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten, Exportverbot für Kleinwaffen und Munition. Keine Hermesbürgschaften zur staatlichen Absicherung von Rüstungsexportgeschäften, keine staatliche Absicherung und keinerlei Lizenzvergabe in andere Länder. ◆



ANZEIGE



Flucht. Gewalt vorbeugen, Zusammenleben fördern, Rückkehr erleichtern

Broschüre zum Download:
www.ziviler-friedensdienst.org/Flucht

»Brandstifter wollen Feuer löschen«

Wie der freie Welthandel und die Politik der EU viele Menschen aus ihrer Heimat vertreibt

Von Wolfgang Kessler

Regelmäßig preisen die westlichen Regierungen und ihre Institutionen die Vorzüge einer freien Weltwirtschaft. Rund 500 Millionen Menschen hätten weltweit von der Globalisierung profitiert, gab die *Weltbank* bekannt – die Armut sei

zurückgegangen. Deshalb setzt die politische Mehrheit im Westen weiter auf den freien Welthandel. Die Hoffnung: je mehr Handel, desto mehr Wohlstand. Dabei ignorieren sie, dass dieser Wohlstand so ungerecht verteilt ist wie nie zuvor. Die acht reichsten Menschen besitzen so viel wie 49 Prozent der Menschheit. Und bei allen

Fortschritten leben noch immer 1,2 Milliarden Menschen von weniger als 1,25 Dollar am Tag.

Denn: Durch die Investitionen der Konzerne entstehen sicherlich Arbeitsplätze. Andererseits investieren sie zumeist nur dort, wo die Löhne niedrig sind. Oft beuten sie vor allem Rohstoffe aus – zu Hungerlöhnen und unter Zerstörung der Umwelt. Das lokale Kleingewerbe kann gegen die Multis nicht bestehen. In ländlichen Regionen wird vor allem in Großplantagen investiert. Kleinbauern werden vertrieben, ihr Land aufgekauft. Die Verlierer dieser Entwicklung fliehen in die Städte – und in die Perspektivlosigkeit.

Hohe Gewinne für Europa

Verschärft wird das Problem, weil sich die Wirtschaftspolitik des Nordens nur an den eigenen Interessen orientiert. Wie jene der Europäischen Union. Im Rahmen von Zoll- und Handelsabkommen können die afrikanischen Staaten Rohstoffe zwar zollfrei in die EU exportieren. Dieses Privileg gilt aber nur für Rohstoffe wie Kaffeebohnen, nicht für weiterverarbeitete Waren



Warum Menschen ihre Heimat verlassen

Zum Beispiel in Ghana und in der Demokratischen Republik Kongo. Ergebnisse einer Studie von SÜDWIND

Seit dem Jahr 2015 ist in der öffentlichen Wahrnehmung der Eindruck entstanden, dass alle MigrantInnen und Geflohenen weltweit nach Europa und insbesondere nach Deutschland kommen wollten. Plötzlich schien die ganze Welt in Bewegung gekommen zu sein. Doch dieser Eindruck täuscht. Weder migriert die ganze Welt, noch wollen alle Menschen, die migrieren, nach Europa oder Deutschland. Der größte Teil der Migrationsbewegung findet auf regionaler Ebene und häufig sogar innerhalb bestehender Grenzen statt.

SÜDWIND hat sich daher in einer aktuellen Studie mit zwei sehr unterschiedlichen Migrationsbewegungen beschäftigt: Zwar liegen die Demokratische Republik Kongo und Ghana beide im Tropengürtel Afrikas, doch könnten Motive und Ausprägungen von Migration in den beiden Ländern unterschiedlicher kaum sein.

In der Demokratischen Republik Kongo sind kriegerische Auseinandersetzungen und die Zerschlagung staatlicher Strukturen die Hauptantriebskraft für Migration. Nach der Unabhängigkeit 1960 wurde die

erste Regierung des Kongo zum Spielball der Großmächte. Unter dem vom Westen gestützten Diktator Mobutu grassierten Misswirtschaft, Korruption und das Schüren ethnischer Konflikte zur Schwächung der Opposition.

Viele Menschen im Osten der Demokratischen Republik Kongo sind seit Jahrzehnten immer wieder auf der Flucht. Ihr Leben ist von einem »Dazwischen« bestimmt: zwischen kriegerischen Auseinandersetzungen und vermeintlich ruhigen Momenten, zwischen Zelten, zwischen

wie gerösteten Kaffee. Den Gewinn sacken die Europäer ein. Den Afrikanern bleibt die Rolle von Lieferanten billiger Rohstoffe. Es profitieren staatliche Eliten, Exporteure und Warlords, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat nichts davon. Im Gegenteil: Da die afrikanischen Länder landwirtschaftliche Produkte zollfrei in die EU exportieren dürfen, wächst der Anreiz, lokale Nahrungsmittel wie Hirse durch Exportprodukte wie Ananas zu ersetzen. Die Folge: Hunger breitet sich aus. Gewinner sind westliche Agrarmultis, die Land kaufen und die Bauern mit ihrem Saatgut beliefern, das oft gentechnisch verändert ist.

Schweinefüße für Afrika

Als Gegenleistung für die zollfreien Exporte in die EU müssen die afrikanischen Staaten ihre Grenzen für europäische Waren öffnen. Deshalb verdrängen oft hoch subventionierte europäische Nahrungsmittel die traditionellen afrikanischen Produkte. »Baguette und Toastbrot aus EU-Weizen sind in westafrikanischen Ländern zu Grundnahrungsmitteln geworden«, schreibt die *Friedrich-Ebert-Stiftung* in einer Studie. Längst kaufen geschäftstüchtige Importeure aus Afrika überschüssige Hähnchenschenkel, Schweinefüße, Dosen mit Fisch oder Fleisch auf und bieten sie auf einheimischen Märkten an. Die Folge: Lokale Bauern und Kleinbe-

triebe haben keine Chancen mehr und verarmen. »So wurde den Bäuerinnen und Bauern, die nach wie vor fast siebenzig Prozent der Beschäftigten in Westafrika ausmachen, bewusst, dass sie selbst im abgelegensten Dorf Opfer der Globalisierung sind«, so die Stiftung. Viele junge Leute folgen dem Ruf der Globalisierung, verlassen ihre Heimat, ziehen in die Großstädte und dann – mangels Perspektive – in angrenzende Länder oder nach Europa.

Der globale Wachstumswahn

Erschwerend kommt hinzu, dass mit dem Welthandel auch die Wachstumspolitik globalisiert wird, die der Westen zur Perfektion entwickelt hat. Doch je mehr Menschen weltweit so wirtschaften, arbeiten und leben wie US-Amerikaner und Deutsche, desto stärker wird das Klima aufgeheizt, desto mehr Natur wird der industriellen Landwirtschaft oder der Industrie geopfert. Viele Menschen an den Küsten oder in Dürregebieten verlieren ihre Lebensgrundlage und fliehen.

»Man muss feststellen, dass sich das Welthandelssystem wie ein Krieg gegen die Armen auswirkt«, sagt der aus dem Kongo stammende Theologe Boniface Mabanza. »Wenn westliche Politiker dies ignorieren, dann ist ihre Selbstwahrnehmung gestört. Sie wollen Feuer löschen, aber sie sind Brandstifter.«

den Fronten. Ende des Jahres 2017 wurde die Zahl der Binnenflüchtlinge im Land auf 3,9 Millionen Menschen geschätzt.

Ganz anders die Lage im westafrikanischen Ghana: Dort zogen und ziehen Menschen aus dem trockenen, ärmeren Norden in die südlichen Gebiete, um Arbeit zu suchen, vor allem im Anbau von Kakao. Die Verhältnisse sind in den vergangenen beiden Jahrzehnten immer schwieriger geworden, da der Kakaopreis deutlich gefallen ist.

Zur Migration in den Kakaosektor kommt seit Jahrzehnten eine zunehmende Landflucht, vor allem von jungen Menschen. Viele von ihnen brechen in die beiden Großstädte des Landes, Accra und Kumasi, auf. Oft stehen sie vor dem Pro-

blem, in den mit Arbeitssuchenden überfüllten Städten überhaupt Beschäftigung zu finden. Die Beispiele von Ghana und der Demokratischen Republik Kongo zeigen die vielfältigen Facetten hinter dem Begriff »Migration«. Es wird nötiger denn je sein, sachlich und differenziert Herausforderungen und Chancen zu betrachten, die durch Migration und Flucht entstehen. Nur dann kann eine ausgewogene und an Menschenrechten orientierte Migrationspolitik entwickelt werden.

Friedel Hütz-Adams

Friedel Hütz-Adams ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei SÜDWIND und einer der Autoren der Publikationen zum Thema »Migration und Entwicklung«.



Politische Verfolgung



Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung



Folter



Existenzbedrohende Diskriminierung

Weltweit sind rund 65 Millionen Menschen auf der Flucht.

Welchen Gefahren sind sie ausgesetzt? Welche Wege müssen sie beschreiten, welche Hindernisse überwinden?

Mehr darüber erfahren Sie durch die Info-Ausstellung »Asyl ist Menschenrecht«, die Sie bei PRO ASYL bestellen können.

www.proasyl.de

Helfen Sie uns, Flüchtlingen zur Seite zu stehen. Ihre Spende ist herzlich willkommen!

Bank für Sozialwirtschaft Köln
IBAN: DE70 3702 0500 5050 5050 50
BIC: BFSWDE33XXX

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.



Die Sonnenkönige der Welt

Wie Unterdrückung, Korruption und Diskriminierung zur Flucht beitragen

Von Elisa Rheinheimer-Chabbi

Unterdrückung und Korruption als Fluchtgrund? Auf den ersten Blick scheint das etwas weit hergeholt. Instabile staatliche Strukturen, einhergehend mit der Bevorzugung einzelner Ethnien und der Benachteiligung anderer Bevölkerungsgruppen, sind jedoch häufig Ausgangspunkt für Unruhen. Syrien ist ein Beispiel dafür: Die sunnitische Bevölkerungsmehrheit wurde vom alawitischen Herrscherclan um Baschar al-Assad lange an den Rand gedrängt. Ernteauffälle und Proteste gegen das Regime waren schließlich Auslöser für den blutigen Bürgerkrieg.

Diskriminierung

Viele Konflikte schwelen schon lange. Die Unterdrückung und Verfolgung der muslimischen Rohingya im buddhistisch geprägten Myanmar beispielsweise kam nicht über Nacht. Die *Gesellschaft für bedrohte Völker* (GfbV) warnte seit Jahren vor einer Eskalation des Konflikts – nur hörte keiner hin. Ob die Uiguren in China, die Sahrauis in der Westsahara oder die Mapuche in Chile: Rund eine Milliarde Menschen weltweit

zählen in ihrem Heimatland zu einer Minderheit. Viele von ihnen werden politisch und gesellschaftlich ausgegrenzt, manche werden offen verfolgt. Für Europa ist es eine heikle Sache, Unterdrückung und Diskriminierung in anderen Teilen der Welt bekämpfen zu wollen. Denn das bedeutet einen Eingriff in die staatliche Souveränität eines Landes, und dieser wird oft als neue Form von Kolonialismus wahrgenommen.

Korruption

»Empirische Untersuchungen zeigen, dass Korruption die privaten und öffentlichen Investitionen reduziert, was wiederum das Bruttoinlandsprodukt senkt«, heißt es in einem Bericht des *Instituts der deutschen Wirtschaft*. Je größer die Korruption, desto geringer die Wirtschaftskraft und desto höher die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger. Das lässt sich auch anhand von Zahlen belegen: *Transparency International* erstellt jährlich einen Korruptionsindex. Der offenbart, dass es einen deutlichen Zusammenhang gibt zwischen Korruption und Flucht und Vertreibung. Von den insgesamt 167 Ländern, die im *Corruption Perception Index* bewertet werden, landen

die Länder, aus denen im Jahr 2015 die meisten Menschen flohen (Syrien, Afghanistan, Somalia, Südsudan und Sudan), auf den zehn schlechtesten Rängen. Korruption und schlechte Regierungsführung sind zwei Seiten derselben Medaille.

Staatsversagen

Eng damit verzahnt ist das Thema Steuern. »Dass funktionierende Steuersysteme einen Beitrag zu einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung leisten können, ist vielfach belegt«, sagt der Politikwissenschaftler Wolfgang Obenland. Das Problem: Häufig mangelt es in Afrika an ebensolchen Steuersystemen. Noch immer tragen ausländische Konzerne Milliarden aus Afrika ab und zahlen dafür in den afrikanischen Ländern, in denen sie tätig sind, keine Steuern. Die *Süddeutsche Zeitung* spricht von 53 Milliarden Euro jährlich, die auf illegalen Wegen aus Afrika herausfließen. Anderen Schätzungen zufolge könnte es noch sehr viel mehr sein. Fest steht: Es übersteigt deutlich die Summe dessen, was an Entwicklungshilfe jedes Jahr hineinfließt.

Von Steuervermeidungspraktiken profitierten vor allem transnationale Unternehmen – viele davon aus Europa – und Teile der einheimischen Eliten. »Das Washingtoner Forschungsinstitut *Global Financial Integrity* schätzt, dass im Zeitraum von 2004 bis 2013 circa 7,8 Billionen US-Dollar aus Ländern des globalen Südens abgeflossen sind. Von dieser immensen Summe gehen mehr als 83 Prozent auf das Konto von Steuer- und Verrechnungstricks transnationaler Konzerne«, heißt es in einer Publikation der *Friedrich-Ebert-Stiftung*. »Zurück bleiben schwache, dysfunktionale Staaten und erniedrigte Völker«, ergänzt der Journalist und Afrika-Korrespondent Tobias Zick. Hier könnte Europa helfen: beim Aufbau von Steuerbehörden und beim Schließen von Steuerfluchtwegen.

In den letzten Jahren ist *Good Governance* zu einem Schlagwort der europäischen Entwicklungszusammenarbeit geworden. Gute Regierungsführung wird zur Bedingung für Entwicklungshilfe gemacht. Das mag richtig gedacht sein, doch mindestens genauso wichtig wäre es, dass Europas Politiker europäischen Konzernen strengere Regeln auferlegen – damit diese nicht die Profite aus Afrika und anderen Teilen der Welt davontragen. ◆

Echter Flüchtling, falscher Flüchtling?

Menschen aus Afrika kommen vorrangig aus wirtschaftlichen Gründen und damit ohne Anspruch auf Flüchtlingsschutz nach Europa. Diese Ansicht ist weit verbreitet. Die Vorstellung vom »echten« Flüchtling aus Syrien und vom »falschen« Flüchtling aus Afrika ist jedoch so gefährlich wie falsch. Gefährlich, weil sie Ressentiments schürt und die Not ausblendet, die hinter der Entscheidung zur Flucht steht. Falsch, weil für viele Asylsuchende aus Afrika berechnete Schutzgründe bestehen: Wer sich die Zahlen afrikanischer Asylbewerber in der EU ansieht, stellt fest, dass sie 2016 vor allem aus Nigeria, Eritrea, Somalia und Gambia kamen – Länder also, die von inneren Konflikten, schlechter Regierungsführung und menschenrechtsverletzenden Regimes geprägt sind. In Somalia beispielsweise herrscht seit 1991 Bürgerkrieg, in Eritrea mahnen die UN seit Jahren Folter und Menschenrechtsverletzungen an.



Martin Bröckelmann-Simon

FOTO: MISEREOR

Die schwarz-rote Bundesregierung hat verschiedene Initiativen zur Förderung Afrikas auf den Weg gebracht, unter anderem einen *Marshallplan*. Das Problem daran: Eine Zusammenarbeit ist vor allem mit »Reform-Champions« in Afrika vorgesehen, also mit Ländern, die wirtschaftlich besonders stabil und demokratisch sind. Sicher, wirtschaftliche

Unterstützung ist sinnvoll. Doch wenn es darum geht, Menschen in ihrer Heimat eine Bleibeperspektive zu eröffnen, ist es damit allein nicht getan. Wer dem Kontinent Afrika gerecht werden und tatsächlich Fluchtursachen beheben will, muss konsequent Menschenrechtsverletzungen angehen sowie Friedensinitiativen und die Zivilgesellschaft fördern. Und auch solche Länder präventiv stärken, die nicht zu den wirtschaftlichen Zugpferden gehören.

Martin Bröckelmann-Simon,
Geschäftsführer von Misereor

Die Kraft der Zivilgesellschaft

Häufig sind es Initiativen von unten, die versuchen, die Staatsführung zu verändern. So zum Beispiel im Kongo: Dort will die Bürgerbewegung *La Lucha* erreichen, dass ihr Land besser regiert wird. »Für uns liegt der Kern der Probleme nicht einfach in der Armut, der Arbeitslosigkeit oder der schlechten Infrastruktur, sondern tiefer: Das sind alles Symptome der schlechten Regierungsführung«, erklärt der Arzt und Aktivist Serge Kambale gegenüber dem Magazin *Welt-Sichten*. »Einerseits wird das Gemeinwesen schlecht regiert. Andererseits hat auch die Bevölkerung einen schiefen Begriff von staatlichen Behörden und weiß nicht, wie sie die zur Rechenschaft ziehen kann. La Lucha arbeitet darauf hin, dass die Bevölkerung ihre Rechte kennt und Rechenschaft verlangt«, sagt Kambale. Gemeinsam mit rund tausend anderen kämpft er für eine



Serge Kambale

FOTO: PRIVAT

regelmäßige Trinkwasserversorgung. Hilfe von außen sieht er skeptisch. »Wenn die USA oder Europa sich im Kongo einmischen, dann tun sie das insgeheim vor allem zugunsten ihrer eigenen Interessen«, ist sich Kambale sicher. »Wir sind überzeugt, dass die Hauptverantwortung für die Demokratisierung bei uns Kongoleesen

liegt.« Auch der sudanesischer Mobilfunkunternehmer Mo Ibrahim sieht Afrika selbst in der Verantwortung – und schlechte Regierungsführung als Haupthemmnis für Entwicklung. So gründete der Milliardär 2006 die *Mo Ibrahim Stiftung*, die gute Regierungsführung fördert und jährlich ein Preisgeld vergibt – wenn denn geeignete Kandidaten gefunden werden. Laut dem jüngsten *Ibrahim Index* sind Mauritius, Kap Verde und Botswana die afrikanischen Staaten mit der besten Regierungsführung. Elisa Rheinheimer-Chabbi

Sie nennen
es Flucht-
ursachen-
bekämpfung.

Wir nennen
es Bekämpfung
von Fluchtmög-
lichkeiten.

Für das Recht
zu bleiben.
Für das Recht
zu gehen.

www.medico.de



medico international

Gemeinsam stark

Folgende Organisationen und Initiativen tragen dieses Dossier

Adveniat

Adveniat ist das Lateinamerika-Hilfswerk der katholischen Kirche in Deutschland. Mit jährlich rund 2500 Projekten und einhundert Mitarbeitern steht das Hilfswerk seinen Partnern in Lateinamerika und der Karibik bei und schafft gemeinsam mit ihnen Wege aus der Not der Menschen für ein Leben in Würde. Unter dem Motto »Faire Arbeit. Würde. Helfen.« stellt Adveniat das Recht auf menschenwürdige Arbeit in den Mittelpunkt der Weihnachtsaktion 2017. Denn in Lateinamerika und der Karibik ist vielen der Zugang zu gerecht bezahlter Arbeit verwehrt, für ihre Ernte erhalten Kleinbauern nicht genug, um zu überleben. Tausende Menschen, insbesondere aus Mittelamerika, migrieren deshalb Richtung USA. Adveniat unterstützt kirchliche Einrichtungen für Migranten in ganz Lateinamerika. Die jährliche Weihnachtskollekte in den katholischen Kirchen ist für Adveniat bestimmt. [► www.adveniat.de](http://www.adveniat.de)

DFG-VK

Die *Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen* (DFG-VK) wurde 1892 von den späteren Friedensnobelpreisträgern Bertha von Suttner und Alfred Hermann Fried in Berlin gegründet. Damit ist die DFG-VK die älteste deutsche Friedensorganisation. Damals wie heute setzt sie sich gegen Krieg und Militär und für Frieden und gewaltfreie Konfliktlösung ein. Aktuelle Themenfelder sind etwa deutsche Auslandseinsätze, zivile Konfliktlösung, die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr, die Militarisierung ziviler Gesellschaftsbereiche, die Militärseelsorge, in Deutschland stationierte Atomwaffen sowie die Rüstungsindustrie und deutsche Waffenexporte. Aus der Überzeugung, dass Mittel und Ziel sich entsprechen müssen, verfolgt sie Ziele ausschließlich mit gewaltfreien Mitteln: durch Dialog, politisches Lobbying, aber auch gewaltfreie Aktionen bis hin zu zivilem Ungehorsam. [► www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de)

medico international

Seit knapp fünfzig Jahren leistet *medico international* Hilfe für Menschen in Not. Zum Einsatz für menschenwürdige Lebensverhältnisse weltweit gehört die Unterstützung lokaler Partner im globalen Süden bei der Arbeit mit Flüchtlingen und Migranten. In Syrien, Irak, Libanon, der Westsahara und Bangladesch leisten die medico-Partner Überlebenshilfe für Menschen auf der Flucht vor Krieg und Gewalt. In Nordafrika und Mittelamerika fördert medico den Betrieb von Zufluchthäusern für Menschen im Transit und in Westafrika die Selbstorganisation und Vernetzung von Abgeschobenen. Auch in Europa ist medico aktiv: In Griechenland und der Türkei intervenieren von medico geförderte Teams gegen illegale Haft und Abschiebepraktiken. Damit Menschen auf der Überfahrt über das Mittelmeer aus Seenot gerettet werden können, unterstützt medico das *WatchTheMed – Alarmphone*. [► www.medico.de](http://www.medico.de)

Misereor

Misereor wurde 1958 als Werk für Entwicklungszusammenarbeit der katholischen Kirche gegründet. Als Bischöfliches Hilfswerk hat Misereor den Auftrag, einen Beitrag zur Überwindung von Ungerechtigkeit, Hunger und Not zu leisten. Unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht und Religion setzt sich Misereor in Entwicklungsprojekten, auf politischer Ebene sowie durch Bildungsarbeit für die Menschen ein, denen das Recht auf ein Leben in Würde, Freiheit sowie ausreichende und gesunde Versorgung verwehrt bleibt. Misereor hat bis heute in über hundert Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas, Ozeaniens sowie der Karibik mehr als 107 000 Projekte mit rund 7,2 Milliarden Euro realisiert. Einen Teil der Gelder macht die Kollekte aus der jährlichen Misereor-Fastenaktion aus. Weitere Einnahmen setzen sich aus Spenden, kirchlichen Haushaltsmitteln und staatlichen Zuschüssen zusammen – letztere über die 1962 eingerichtete Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V. [► www.misereor.de](http://www.misereor.de)

PRO ASYL

PRO ASYL ist eine unabhängige Menschenrechtsorganisation, die sich seit mehr als dreißig Jahren für die Rechte verfolgter Menschen in Deutschland und Europa einsetzt. Weltweit sind über 65 Millionen Menschen auf der Flucht: vor Krieg, Verfolgung und Gewalt. Dabei schaffen es nur relativ wenige, die immer schärfer abgeriegelten Grenzen Europas zu überwinden. PRO ASYL setzt sich für eine demokratische und offene Gesellschaft ein, in der Flüchtlinge die Chance auf ein menschenwürdiges Leben haben. Neben Öffentlichkeitsarbeit, Recherchen und der Unterstützung von Flüchtlingsräten begleitet PRO ASYL Flüchtlinge in ihren Asylverfahren und steht ihnen mit konkreter Einzelfallhilfe zur Seite. Mit internationalen Partnern dokumentiert PRO ASYL die Menschenrechtsverletzungen gegen Flüchtlinge an Europas Außengrenzen und kämpft gegen Europas unmenschliche Flüchtlingspolitik. [► www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)

ESG Halle

Die *Evangelische Studierendengemeinde Halle/Saale* ist Kirche am Hochschulort und versammelt Studierende vieler verschiedener Fachrichtungen. Wir verstehen uns als eine Gemeinde, die sich bemüht, für Menschen verschiedener Lebens- und Glaubensformen und Lebenskulturen einladend zu sein. Wir freuen uns, wenn wir bunt sind. Selbst wenn wir wissen, dass Interkulturalität eine große Herausforderung ist, verstehen wir Gottes Liebe als Aufforderung zu Vielfalt. Fremdenhass, Rassismus, Militarismus, Extremismus und Sexismus haben bei uns kein Zuhause. Wir stellen uns der Herausforderung, die mit der protestantischen Verantwortung für die Mitgestaltung unserer Welt verbunden ist. Manchmal haben wir es schwer, weil wir die Verunsicherung der Angst kennen. Aber wir erleben die Ermutigung gelebter Gemeinschaft. Politische Verantwortung und Sensibilität für gesellschaftliche Fragen sind für uns wichtige Ziele.

► www.halle-esg.de

Initiative Enquete-Kommission

Mehr als 140 Trägerinnen und Träger des Bundesverdienstkreuzes fordern den neu gewählten Bundestag auf, eine Enquete-Kommission »Fluchtursachen« einzusetzen. Damit soll das drängende Problem der Fluchtursachen zu einem vorrangigen politischen Thema gemacht werden. Die Politik, so die Initiatoren in ihrem Aufruf, habe sich darauf konzentriert, die Flüchtlingszahlen in der EU und in Deutschland zu reduzieren. Es sollte aber vielmehr darum gehen, Fluchtursachen, nicht die Flüchtlinge zu bekämpfen. »Die Kommission soll untersuchen, wie Deutschland weltweit zu Fluchtursachen beiträgt, und Maßnahmen sowie gesetzliche Initiativen vorschlagen, wie dies vermieden oder dem entgegengewirkt werden kann«, heißt es weiter. Initiiert haben die Aktion der Bürgerrechtler Ralf-Uwe Beck, der ehemalige Bundesumweltminister Klaus Töpfer und die BUND-Ehrenvorsitzende Angelika Zahrt.

► www.fluchtursachen-enquete.com

IPPNW Deutsche Sektion

In der deutschen Sektion der *Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung* (IPPNW) engagieren sich etwa 6000 Ärzte, Psychotherapeuten sowie Medizinstudierende für eine menschenwürdige Welt frei von atomarer Bedrohung. Frieden ist ihr zentrales Anliegen. Sie setzen sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen ein. Dabei leitet sie das ärztliche Berufsethos. Die neoliberale Globalisierung vertieft die Spaltung der Welt in Reich und Arm und führt zu wirtschaftlicher und politischer Instabilität. Die IPPNW analysieren und benennen die Ursachen von Konflikten und Kriegen und beteiligen sich an der Suche nach einem Gesellschaftsmodell, das ein nachhaltiges, friedliches Zusammenleben der Völker ermöglicht.

► www.ippnw.de

Stiftung Weltethos

Die *Stiftung Weltethos* setzt sich seit mehr als zwanzig Jahren für ein friedliches Zusammenleben der Menschen ein. Gegründet wurde sie 1995 von dem Theologen Hans Küng und dem Unternehmer K.K. Graf von der Groeben. Zu den Zielen eines Weltethos gehört, dass es gelingt, in der gesellschaftlichen Vielfalt und Verschiedenheit miteinander leben zu lernen. Der Bildungsbereich gehört daher zu den wichtigsten Wirkungsstätten. Gerade die Herausforderungen der Zuwanderung haben deutlich werden lassen, wie wichtig interreligiöser und interkultureller Dialog und Begegnung sowie die Verständigung auf gemeinsame Werte sind. Hierzu bieten die Stiftung Weltethos und das *Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg* das von der *Robert-Bosch-Stiftung* geförderte Pilotprojekt »World LAB – Interkulturelles Werteprojekt an beruflichen Schulen« an. Ziel ist, die Handlungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern im interkulturellen Kontext auszubilden und weiterzuentwickeln.

► www.weltethos.org

SÜDWIND

SÜDWIND tritt seit 25 Jahren dafür ein, wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit durchzusetzen. *SÜDWIND* arbeitet zu einem breiten Spektrum von Nord-Süd-Themen, immer mit dem Ziel, ungerechte Strukturen aufzudecken, diese öffentlich zu machen, Handlungsalternativen zu bieten und somit zu Veränderungen beizutragen. Dabei verbindet *SÜDWIND* Forschung mit entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland und trägt Themen und Forderungen in Netzwerke, Gesellschaft, Unternehmen und Politik. *SÜDWIND* arbeitet gemeinnützig und unabhängig von Regierungen, Parteien, Wirtschaft und Kirchen. Es hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Finanziert wird *SÜDWIND* aus projektbezogenen Zuschüssen, Consulting- und Auftragsstätigkeiten, projektunabhängigen Zuschüssen sowie Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

► www.suedwind-institut.de

Ziviler Friedensdienst (ZFD)

Der *Zivile Friedensdienst* (ZFD) ist ein Programm für Gewaltprävention und Friedensförderung in Krisen- und Konfliktregionen. Er setzt sich für eine Welt ein, in der Konflikte ohne Gewalt geregelt werden. Neun deutsche Friedens- und Entwicklungsorganisationen führen den ZFD gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen durch. Der ZFD wird von der Bundesregierung gefördert. Fachkräfte des ZFD unterstützen Menschen vor Ort langfristig in ihrem Engagement für Dialog, Menschenrechte und Frieden. Mehr als 300 internationale ZFD-Fachkräfte arbeiten in 44 Ländern. Menschen fliehen vor gewaltsamen Konflikten, Flucht birgt Zündstoff für neue Konflikte. Deshalb ist Flucht auch ein Thema für den ZFD. Er und seine Partner engagieren sich weltweit für Gewaltprävention und Friedensförderung. In dem Online-Dossier »Gewalt vorbeugen – das geht« wird gezeigt, wie es funktioniert und welche Rolle die Zivilgesellschaft spielt.

► www.ziviler-friedensdienst.org

Damit Menschen bleiben können

Dringend gebraucht: Eine Lebensperspektive in Frieden

Von Wolfgang Kessler

Wenn die Politik der Industrieländer dafür sorgen will, dass die Menschen in den armen Ländern in ihrer Heimat bleiben können, dann müssen sie ihnen eine Lebensperspektive in Frieden bieten. Dies erfordert grundlegend andere politische Prioritäten – und einen langen Atem.

Frieden first

Spätestens seit dem 11. September 2001 setzen westliche Regierungen noch stärker als zuvor auf die militärische Karte. Da Krieg kaum je Frieden schafft, braucht es eine grundlegende Wende im Denken und Handeln: Politisch geht es darum, alle nur erdenklichen Möglichkeiten für eine friedliche Lösung von Konflikten auszuloten, bevor Militär eingesetzt wird. Gerade die Europäische Union hat Erfahrung mit der friedlichen Versöhnung von Todfeinden. Wann endlich gibt die Bundesregierung mehrere Milliarden für den zivilen Friedensdienst aus? Heute sind es vierzig Mil-

lionen – der Rüstungshaushalt hingegen beträgt vierzig Milliarden Euro.

Keine Waffen für Kriege

Theoretisch ist es das Prinzip der Bundespolitik, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern. Doch die Praxis sieht anders aus. Deutsche Waffen töten im Jemen, in Sy-

rien, in Afghanistan und im Irak. Den Frieden wird Deutschland erst fördern, wenn es – wie Schweden – keine Waffen in Krisengebiete liefert; wenn keine Waffen mehr an den Kriegstreiber Saudi-Arabien gehen; wenn weder Saudis noch Iraner Lizenzen zum Bau von Gewehren der Firma *Heckler & Koch* erhalten; wenn die Deutschen auf EU-Ebene verhindern, dass Waffen aus EU-Staaten oder Beitrittsländern an die Kriegsparteien in Syrien gehen; wenn Rüs-



das Fest der Liebe ist vorüber

ZEICHNUNG: THOMAS PLASSMANN

Adveniat in Mexiko: Fair Trade verhindert Flucht

Als Tagelöhner auf den Plantagen der Kaffeebarone schufteten: Das war für die Indigenen im Süden Mexikos bittere Wirklichkeit. Kaffee ist das bestimmende Erzeugnis dieser Region – und das Symbol der Ausbeutung. Die *Tzeltales* standen auf der untersten gesellschaftlichen Stufe: erst als Tagelöhner, später als Zulieferer billigen Rohmaterials an die Zwischenhändler. »Sie hatten keinerlei Kontrolle über den Preis und waren der Willkür ausgeliefert«, erklärt Padre Arturo Estrada, Leiter der Jesuitenmission von Bachajón. Gemeinsam mit dem Hilfswerk *Adveniat* veränderte er das.

»Jetzt haben wir die Kontrolle über die Produktion«, sagt Andrés Rodríguez. Der

Zwanzigjährige arbeitet als Techniker in der Kaffeekooperative *Capeltic*, die ihr Produkt bis nach Japan exportiert. Gleichzeitig studiert Andrés in Abendkursen Betriebswirtschaft. Sein Vater schuftete noch in Schuldknechtschaft.

Die Kontrolle der Ernte und der gesamten Produktion empfindet auch Andrés' Schwester Manuela Rodríguez als den Vorteil der Kooperative. Sie arbeitet bei *Xapontic*, dem Zweig, der handgefertigte Seifen herstellt. Die Seifen und die Fertigung von traditionellen Textilien und Kunsthandwerk sind die Domänen der Frauen. Traditionell standen sie im Schatten der Männer. Dass Mädchen länger als vier, fünf Jahre zur Schule gehen oder gar

einen eigenen Beruf ergreifen, war für die Indigenen bis vor einer Generation noch undenkbar. »Es ist wichtig und eine Quelle des Selbstbewusstseins, wenn wir Frauen unser eigenes Geld verdienen«, erzählt die 26-jährige Manuela. Als eine der ersten Frauen hat sie Abitur gemacht und ist für den Vertrieb zuständig.

Ob in der Honigfabrik, der Kaffeerösterei oder bei der Seifenherstellung: Es herrscht eine entspannte Atmosphäre, fernab vom Diktat der Stechuhren und Börsenkurse. Es ist nicht der maximale Gewinn, dem alles unterworfen ist, sondern die Suche nach einem selbstbestimmten Leben, in dem die Arbeit Sinn stiftet und Freude macht. Sandra Weiss

tungsarbeitsplätze für die Herstellung ziviler Produkte umgerüstet werden.

Fair Trade

Ein freier Welthandel fördert das Wirtschaftswachstum, aber nicht Gerechtigkeit und Umweltschutz. Denn: Vom Freihandel profitieren die billigsten Anbieter. Und damit jene, die möglichst geringe Löhne zahlen, ruinöse Arbeitsbedingungen bieten oder die Umwelt zerstören. Mehr Gerechtigkeit schafft nur ein fairer Handel: Erst wenn nur Produkte frei gehandelt werden dürfen, die unter Achtung sozialer und ökologischer Mindestnormen hergestellt wurden, leistet der Handel einen Beitrag zur Gerechtigkeit und zum Umweltschutz.

Echte Entwicklungspolitik

Eine gerechte Entwicklungspolitik zielt auf Hilfe zur Selbsthilfe für jene, die sich am Markt nicht behaupten können: für die Armen, für viele Frauen, für Tagelöhner. Dazu sollte Entwicklungspolitik Genossenschaften und Selbsthilfeorganisationen der Betroffenen viel stärker unterstützen als bisher. Stärken muss die Politik auch staatliche Institutionen, die erst die Bedingungen für eine gerechte wirtschaftliche Entwicklung herstellen: eine Verwaltung, die dafür sorgt, dass Fördermittel ihre Adressaten auch er-

reichen; Steuerbehörden, die wirklich Steuern bei den Wohlhabenderen und bei großen Unternehmen einziehen. Nur dann wird eine gerechte Entwicklung möglich.

Schutz vor den Klimafolgen

Schnellstmöglich gilt es, die Folgen der Klimaerwärmung für die armen Regionen einzudämmen. Nur mithilfe der reichen Länder können Dämme gegen Überflutung gebaut, in anderen Regionen Wälder und Pflanzenwälder gegen die Ausbreitung von Wüsten und gegen Dürren aufgerichtet werden. Und kein Weg führt daran vorbei, dass der reiche Westen klimagerecht wirtschaftet und die Menschen klimagerecht leben. Geschieht dies nicht, wird die Zahl der Klimaflüchtlinge rasant steigen.

Debatte über Fluchtursachen

Die Politik will vor allem den Zuzug von Flüchtlingen begrenzen. Sie scheut aber die Debatte über ihre politische Verantwortung für die Ursachen von Flucht. Um diese Debatte zu erzwingen, fordern 140 Träger des Bundesverdienstkreuzes die künftige Bundesregierung auf, eine Enquetekommission zur Untersuchung der Fluchtursachen einzurichten. Dann gäbe es eine offene Diskussion – mit hoffentlich verantwortungsbewussten Konsequenzen. ◆

Ziviler Friedensdienst für Menschenrechte

Seitdem in Mexiko der ehemalige Präsident Felipe Calderón den Drogenkartellen den Krieg erklärte, versinkt das Land in einem Strudel der Gewalt. Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung, auch in der Strafjustiz. Besonders schutzlos sind Migrantinnen und Migranten, die Mexiko durchqueren, um in die USA zu gelangen. Schätzungsweise 400 000 Menschen wagen diese Route jährlich. Unterstützung erfahren sie in den wenigen MigrantInnenherbergen entlang der Route. Dort erhalten sie humanitäre Hilfe, darüber hinaus psychologischen und juristischen Beistand. Die Herbergen werden von lokalen Gruppen getragen. Sie machen sich auch öffentlich für die Rech-

te der Geflüchteten stark und dokumentieren Menschenrechtsverletzungen. Dieses Engagement ist lebensgefährlich. »Wenn man in diesem Land mit Migrantinnen und Migranten arbeitet, trägt man nahezu das gleiche Risiko wie sie selbst«, weiß Alberto Xicotencatl, Leiter der MigrantInnenherberge in Saltillo. »Wir erhalten Morddrohungen, werden angegriffen und mit Waffen bedroht.« Es ist schwer, trotzdem weiterzumachen. Durch internationale Begleitung zum Umgang mit der Bedrohung können sie weiterarbeiten. Die Präsenz von Fachkräften wie denen des Zivilen Friedensdienstes schützt sie.

Martina Rieken, Öffentlichkeitsarbeit des Konsortiums Ziviler Friedensdienst

Dem Frieden eine Chance geben!

Seit 60 Jahren setzt sich EIRENE Internationaler Christlicher Friedensdienst e. V. weltweit für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ein.



Machen Sie mit!

Spendenkonto:

IBAN: DE16 3506 0190

1011 3800 14



www.eirene.org



Flucht und Vertreibung Damit sie bleiben können

Das Dossier hat 16 Seiten und folgende Staffelpreise: bis zu 4 Exemplare je 2 €; ab 5 Ex. je 1,00 €; ab 10 Ex. je 0,90 €; ab 20 Ex. je 0,80 €; ab 50 Ex. je 0,70 €. Bei Bestellwert unter 25 € zuzüglich 2,50€ Versand, **Best.-Nr. 3146**
Bestellcoupon auf **Seite 34**

Alle lieferbaren Titel finden Sie unter www.publik-forum.de/shop
www.publik-forum.de/shop

Die Zeitschrift, die für eine bessere Welt streitet



Seien Sie mit uns

- mutig
- provokant
- diskussionsfreudig
- engagiert

Alle zwei Wochen in Publik-Forum: Hintergründe aktueller Entwicklungen aus Politik, Kirche, Religion und Gesellschaft

Jetzt kostenlos Probelesen:

www.publik-forum.de/d8

Telefon: 06171/7003470

Ja, schicken Sie mir bitte die nächsten zwei Ausgaben von Publik-Forum kostenlos zu. Die Belieferung endet automatisch nach der zweiten Ausgabe.

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

POSTLEITZAHL, ORT

TELEFON

E-MAIL GEBURTSDATUM

DATUM, UNTERSCHRIFT 2017.2208

BITTE EINSENDEN: **Publik-Forum Verlagsgesellschaft**, Postfach 2010, 61410 Oberursel, Telefon: 06171/7003470, Fax: 06171/700346 oder bestellen Sie Ihre zwei Ausgaben auf: www.publik-forum.de/d8

Ich bin geblieben

Mein Name ist Takwa Barnosa, ich bin Künstlerin und lebe in Tripolis. Vor zwei Jahren habe ich eine Kunststiftung gegründet, *WaraQ*. Eigentlich wollte ich studieren, aber der Krieg kam dazwischen. Ich habe es trotzdem geschafft, meine eigene Galerie aufzumachen, und sie ist zu einem Treffpunkt für Kreative geworden. Ich war so stolz! Aber im Mai wurde ich angegriffen, meine Galerie als Bordell beschimpft. Wegen der Ausstellungen und weil dort Männer und Frauen zusammen sind. Als ich schließen musste, war ich drauf und dran, Libyen zu verlassen. Es mangelt uns hier an so vielem: Sicherheit, wirtschaftlicher Stabilität, guten Ausbildungsmöglichkeiten. Aber dann habe ich entschieden, zu bleiben und für das zu kämpfen, was ich für richtig halte. Ich will zu denen gehören, die ihr Bestes tun, um Libyen zum Positiven zu verändern. Diesen Traum gebe ich nicht auf.

Takwa Barnosa, 19 Jahre, aus Libyen



FOTO: HANS-JÜRGEN RÖDER

Ich bin gegangen

Hallo, ich bin Ruhul Ameen und auch ein wenig aufgeregt, Ihnen kurz meine Geschichte zu erzählen: damit Sie wissen, warum ich hier bin und auch in Deutschland bleiben möchte. Angst, die hat mein ganzes Leben bisher bestimmt. Dabei bin ich noch gar nicht so alt, vor 18 Jahren bin ich in Bangladesch geboren. Bald habe ich Geburtstag. Dann muss ich auch wieder zur Ausländerbehörde für meinen Aufenthalt in Deutschland. Wieder diese Angst! Ich bin Rohingya. Meine Eltern kamen vor mehr als 18 Jahren in das kleine Dorf in Daudkandi in Bangladesch. Als ich in die Schule kam, wollten die Kinder nicht mit mir Fußball spielen, sie haben mit Steinen nach mir geworfen. Rohingya! Das war schon damals so. Ich habe oft geweint. Mein Vater hat auf dem Feld gearbeitet, aber oft hatten wir nichts zu essen. Ich habe die Schule bald verlassen, auch auf dem Feld gearbeitet. Das war hart, ich war erst 14 Jahre alt. Rohingya! Es gab keine Zukunft für mich. Angst, immer diese Angst! Ein Onkel hat mir die Flucht ermöglicht. Hier in Berlin habe ich Freunde, wohne in einer Einrichtung, die *JaKuS* heißt. Ich besuche die Schule, möchte eine Ausbildung machen, in einem Hotel arbeiten. Gäste empfangen. Und nicht mehr ständig Angst haben. Niemals wieder in meinem Leben.

Ruhul Ameen, 18 Jahre, aus Bangladesch

FOTO: TAKWA BARNOSA PRIVAT